



Stetigjähriger Abonnententwurf: in Breslau 1 1/2 Thlr., Wochen-Abonnent 5 Sgr., außerhalb pro Quartal incl. Porto 2 1/2 Thlr. — Inseratengebühr für den Raum einer sechszeiligen Zeile in Petitdruck 2 Sgr., Reclame 5 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 528. Mittags-Ausgabe.

Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 11. November 1874.

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

#### 7. Sitzung des Reichstages. (10. November.)

12 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Präsident Delbrück mit den Geheimen Räten Michaelis und Starke, Major Blume und andere Com-missarien.

Präsident v. Jordan bed theilt mit Rücksicht auf den gestern geäußerten Wunsch des Abg. v. Bernuth mit, daß zur Zeit 25 Mitglieder des Hauses beurlaubt sind, daß aber der Urlaub von 19 derselben in den nächsten acht Tagen abläuft.

Bei der dritten Beratung des Gesetzentwurfs wegen Einführung der Reichsmünzgesetz in Elsaß-Lothringen verlangt der Abgeordnete Simonis (Superior des Klosters Niederbronn im Elsaß) das Wort: Es erhebt sich gegenwärtig in Elsaß-Lothringen ein außerordentlich großer Geld-mangel, so daß die Fabrikanten, wenn sie ihre Arbeiter bezahlen wollen, sich erst das Geld mit einem nicht geringen Agio kaufen müssen; hat doch neulich ein Fabrikant in einer Zeitung geäußert, er werde bald seine Arbeiter mit Briefmarken bezahlen müssen. Dieser Geldmangel besteht jetzt bei einer drei-fachen Währung: der Thaler, Franken- und Markensmünze. Und in diesem Augenblick legt uns die Regierung ein Gesetz vor, die eine Währung sofort zurückzuführen, während die Zurückführung der zweiten in naher Aussicht steht. Wie werden sich alsdann die Verhältnisse im Elsaß gestalten? Wir haben alsdann wohl Papiergeld und zwar von nicht weniger als 24 deutschen Staaten. Allein dieses Papiergeld gegen Baar einzutauschen, ist ungemein schwierig. Es wurde berichtet, daß man auch auf der Bank dasselbe nicht immer austauschen kann; denn Elsaß-Lothringen ist überflutet mit wilden Thalerscheinen. Nun hat unser Land schon sehr viel gelitten durch die Ein-führung des Zwangscoursses des Thalers, der durch die Verordnung vom 18. November 1870 auf 3 Francs 75 Centimes festgestellt wurde. Damit ist aber die richtige Stellung des Thalers zum Franken durchaus verfehlt worden; denn der Thaler gilt außerhalb des Reichslandes nirgendwo 3 Frs. 75 Cent. In Paris gilt er nur 3 Frs. 68 Cent., und wo er anderwärts mehr gilt, ist der allerhöchste Cours 3 Frs. 71 Cent.

Auf wie hoch die klingende Münze beim Erlaß jener Verordnung in Elsaß-Lothringen sich belief, ist schwer zu ermitteln, allein wenn man das damals im Reichslande circulirende baare Geld auf 100 Millionen veranschlagt, so haben wir durch Einführung jenes Zwangscoursses einen Verlust von nicht weniger als 1 Million erlitten. Es ist dies gerade so, als ob wir eine Steuer in diesem Betrage hätten zahlen müssen, ohne daß wir wissen, in welche Tasche sie geflossen ist. Diese Steuer konnte natürlich nur mit dem Gelde bezahlt werden, das man hatte, also mit Franken, die man zu dem von dem Gouverneur von Elsaß-Lothringen festgestellten herabgesetzten Werthe ausgeben mußte. Damit aber sind andere Interessen vielfach geschädigt worden. Wenn z. B. ein Gutsbesitzer kurz vor dem Kriege ein Gut auf Ter-mine verkauft, oder wenn ein Kapitalist vor dem Kriege Geld angelegt hatte, so stand immer in dem Vertrage, daß derselbe Werth in klingender Münze wieder zurückbezahlt werde, wie er ausgegeben war. Ist aber ein Werth von 10,000 Francs angelegt worden, und wird diese Summe wieder bezahlt, so hat man darauf einen Verlust von 200 Francs, d. h. von 2 Prozent. Auch der gewöhnliche Handel leidet unter dieser Maßregelung, die das Reichsland durch jene Verordnung erlitten. Denn die Elsaß-Lothringer Fabrikanten haben viel-jene Verordnungen mit Frankreich, mit England und anderen Ländern, und haben Verluste erlitten, die sehr schwer zu ermitteln sind. Wir brauchen ihn ganz nothwendig denn unser Verkehr besteht mit solchen Ländern, wo der Frank immer gesucht ist; vor allen anderen mit Frankreich, da müssen wir mit Francs ausbezahlen; sodann mit der Schweiz, dorthin verkaufen wir in großartigem Maßstabe unsere Weine und die Schweizer Weinbändler zahlen uns nur in Franken aus. Wir müssen also nothwendig einerseits Franken einnehmen, andererseits Franken ausgeben, und doch soll es jetzt mit einem Male heißen: der Franken bei uns gilt nicht mehr und hat keinen Werth mehr. Die Schwierigkeiten häufen sich bei uns in diesem Punkte unübersehbar. Wenn ich Geld nach Frankreich oder nach der Schweiz einbringe, so muß ich Agio zahlen, damit die Post die Sendung annehme; wird mir aber aus Frankreich oder der Schweiz Geld, und zwar in Franken, zuge-sandt, so wird dieses Agio von der Post gar schon eingekauft und ich be-komme durch die Post aus der Schweiz bloß Thaler und Markensmünzen. Dadurch haben wir beständig große Verluste. Statt den Franken zu ver-drängen, sollte man vielmehr darnach trachten, ihn festzuhalten oder uns solche Zustände zu schaffen, welche das Geld aus Frankreich nach dem Elsaß hinüberfließen lassen. Wollte man aber auch dies nicht, so sollte man uns doch wenigstens das aus Deutschland zu uns über den Rhein geflossene Geld gesetzlich nicht zu einem höheren Course aufzwingen als es täglich beim Bankier gilt. Wenn ich gegenwärtig 25 Francs einnehme, kann ich dafür in Markensmünzen nur 2 1/2 Francs ausgeben; daß dadurch dem Handelsstande empfindliche Verluste beigebracht werden, liegt auf der Hand.

Außerdem aber ist das gegenwärtige Gesetz auch ganz unnöthig; denn die Frankfränkische und die Pfälzfränkische Verordnungen ganz von selbst und gehen nach Frankreich zurück. In dieser Beziehung spricht das Gesetz wie der Fuchs in der La Fontaine'schen Fabel, als er die Trauben nicht er-reichen konnte; das Frankfränkische hat für Euch keinen Werth mehr, also fort damit. Um der Geldnoth abzuhelfen, wäre auch noch ein anderes Mittel ge-eignet, und ich begreife nicht, weshalb es nicht angewendet wird. Es scheint nämlich, daß die deutschen Münzverhältnisse nicht genügend sind, um den Be-darf an Geld anzufüllen. Nun hatten wir von jeher schon seit geraumer Zeit in Straßburg eine Münze und zwar eine der bestgerathenen Münzen von ganz Frankreich. Der Director dieser Münze ist gegenwärtig Director der großen Münze in Paris. Warum stellt man diese Münze nicht wieder her, wie es ja bereits von Elsaß aus beantragt worden ist? Es würde da-durch der gegenwärtigen Crisis im Reichslande in wirksamer Weise abge-holfen werden können, und wenn andere gute Gesetze dazu kämen, so würde der große Unterschied zwischen französischem und dem Gelde, das wir jetzt haben, ausgeglichen werden und die Verhältnisse des Landes würden dann viel bessere sein, als sie jetzt sind.

Abg. Dr. Braun: Ich verstehe nicht recht, warum der Vorräther gegen das Gesetz spricht. Die Verhältnisse, die er geschildert, und die zum Theil ja nicht zu bestreiten sind, sind notwendige Ausflüsse des Uebergangszustandes, und soweit sie nicht beseitigt werden können, sind sie Mißstände, die mit der Beschaffenheit eines Landes, das leistungsfähig zwischen Frankreich und der Schweiz einschließt, unvermeidlich verbunden sind. Das kann Niemand in der Welt ändern. Der Grenzverkehr wird regulirt von dem Geldcourse, und da-rüber ist die deutsche Reichsgesetzgebung nicht Herr. Wir können nur bestim-men, was der Thaler bei uns gilt; auf den Werth aber, den er in Folge der Schwankungen des Courses im Auslande hat, haben wir keinen Einfluß. Soll man etwa deshalb das deutsche Reich oder die deutsche Reichsgesetz-gung anklagen? Das wäre doch töricht. Der Vorräther hat hier eine große Lobrede auf das Münzsystem Frankreichs gehalten. Ich gebe zu, daß Frankreich weit früher als wir eine Münzreform eingeführt hat und zu einer Einheit im Münzwesen gelangt ist. Wir erkennen eben diesen Vorzug Frank-

reichs bereitwillig dadurch an, daß wir dieselbe Reform jetzt einführen. Was sodann die Lobrede auf die Doppelmünzung anbelangt, ja so sind doch auch darüber in Frankreich die Stimmen sehr getheilt. Ich will mich nicht auf die wissenschaftlichen Argumente pro und contra einlassen, ich will nur so viel sagen, daß wenn der Vorräther sich z. B. auf Herrn Wolowski, ich dagegen eben so entschieden auf die Autorität des Herrn de Parieu mich berufen kann, das im Wesentlichen den Standpunkt vertheidigt, den unsere deutsche Münz-reform einnimmt. Und ob im Augenblick der öffentliche Zustand in Frank-reich ein so sicherer ist und keine Gefahr einer Valutastörung befürchten läßt, wissen wir nicht, wir wollen es abwarten. Dermalen circulirt in Straßburg Papiergeld mit Zwangscours und die Erfahrung hat gelehrt, daß überall, wo dies der Fall ist, früher oder später Valutastörungen eintreten, mit all den Leiden, die davon unzertrennlich sind.

Wir sagen in dieser Sache: Niemand ist vor seinem Ende glücklich zu preisen, und so wollen wir uns nicht hindern lassen, unsererseits zu thun, was nöthig ist, um Ordnung zu schaffen in Deutschland, wozu nun einmal Deutschland gehört und in Zukunft gehören wird. Alle diese Klagen laufen darauf hinaus, man hätte uns unser liebes Frankenstück lassen sollen. Ja das geht doch nicht, daß in einem Theile Deutschlands allein die französische Währung gelten soll. Sie klagen: Wenn wir unsere Thaler aus Elsaß nach Paris schicken, so verlieren wir daran! Ja, m. H., müssen Sie denn alle ihre Thaler nach Paris schicken. Ich sehe die Nothwendigkeit davon nicht ein. Wir wollen Elsaß-Lothringen auch gar nicht die Franken und Centimes neh-men; sondern das Gesetz sagt ausdrücklich: sie sollen fernerhin circuliren zu dem und dem Course. Das ist doch ein Entgegenkommen, wie man es nicht größer verlangen kann. Wir gönnen Ihnen ja also mit der größten Bereit-willigkeit die Circulationsmittel, an die Sie gewöhnt sind und wir gewähren Ihnen dadurch die Mittel zu einem bequemen Grenzverkehr mit Frankreich und der Schweiz. (Abg. Simonis: Wie lange?) Wie lange? Nun eine Ewigkeit wird kein Mensch garantiren. Sie setzen sich ja auch mit uns auf den Fuß der Kündigung. Sie werfen ja immer noch sehr schmeicheleiche Worte auf das Land jenseits der Vogesen und für die provisorische Gemüthsstimmung, die Sie uns entgegenbringen, wollen Sie von Ewigkeiten garantirt haben? das wäre doch sehr unbillig. Was nun die Münze in Straßburg anlangt, so sind die Münzstücke von Straßburg in Hamburg aufgestellt und werden noch in diesem Jahre in Betrieb gesetzt. Diese Thatsache steht vollkommen außer Zweifel und erhebt sich also die in dieser Beziehung erhobene Beschwerde. Man stelle sich doch mit uns auf den Boden der Möglichkeit und dann wird man finden, daß dieses Gesetz alles, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, zu erfüllen sucht.

Bundes-Commissarius Geh. Regierungsrath v. Pommer-Esche: Ich kann dem Vorräther in manchen Beziehungen durchaus nur beitreten und muß besonders anerkennen, daß ein Geldmangel in Elsaß-Lothringen vor-handen war. Wenn er aber meint, diesem Geldmangel sei durch die Weiße-haltung von drei Währungen abzuhelfen, so befindet er sich nicht in Ueber-einstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung. Die Uausrückung des Münzsystems wird sich als durchaus zweckmäßig erweisen. Die Regierung hat sich aber auch bemüht, dem Geldmangel etwas abzuhelfen, indem sie 8 Millionen in Gold und 420,000 Mark in Silber hingeschickt hat. Die Klage über die zu niedrige Tarification des Franken mag ihre Berechtigung haben, es ist aber jedenfalls nicht richtig, daß er zur Zeit der Tarification mehr werth gewesen wäre. Im Gegentheil, der Thaler war damals mehr werth als 3 Francs 75 Centimes. Auch lange Zeit nach dem 8. November 1870 konnten die Frankfränkischen Thaler nicht abgegeben werden zu dem Preise, wie der Thaler tarificirt war. Das Gesetz soll die Franken leistungsfähig verdrängen, sondern nur die Möglichkeit schaffen, die neue Markmünze einzuführen. Es fehlt jetzt jede gesetzliche Basis für dieselbe. Denn sonst würde die Regierung gar nicht im Stande sein, die Markmünze im Verkehr zu verwenden und nach ihr die Rechnungen aufzustellen. Die Befürchtung, daß durch dieses Gesetz mehr Franken als bisher verdrängt würden, ist unbegründet; die Anzahl der Münzen der Frankenwährung, die im Elsaß umlaufen, ist eine sehr ge-ringe und wird durch dieses Gesetz nicht vermindert werden. Eine Möglich-keit, die Franken festzuhalten oder sie sogar ins Land hereinzuziehen, sehe ich nicht, auch der Abg. Simonis hat mich vergeblich darauf warten lassen, daß er ein solches Mittel angebe. Wenn ich nun noch erkläre, daß der § 3 durchaus nicht von einer Aukercourssetzung der Franken spricht, so wird der Abg. Simonis vielleicht seinen Widerspruch gegen das Gesetz aufgeben.

Abg. Sonnemann: M. H.! Ich will nicht das politische Gebiet be-rühren, welches von dem Herrn Abg. Braun in diese Sache hineingezogen worden ist. Ich meine, wir können den Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen nur dankbar sein, wenn sie uns hier die Beschwerden vorbringen und sollten ihnen nicht gleich mit politischer Münze heimzahlen. (Sehr richtig! im Centrum; Obol links.) Die erste und wesentlichste der vom Abg. Simonis vorgebrachten Beschwerden geht dahin, daß die Umrechnung zu 3,75 Frs. erfolgt, während heute 1 Thlr. nur 3,68 Frs. gilt. Wenn wir heute diese Umrechnung vorzunehmen hätten, so würde ich dem Herrn Abgeordneten vollständig beistimmen. Heute würde man die Umrechnung nicht zu 3,75 Frs. vornehmen, wenn man, wie allezeit beabsichtigt wird, gerecht sein will. Allein der Herr Abgeordnete hat übersehen, daß diese Umrechnung schon vor mehreren Jahren vorgenommen ist und daß, wenn wir heute daran nach-träglich eine Aenderung vornehmen wollten, wenn wir heute jaagen wollten, es wird der Thaler zu 3,68 Frs. umgerechnet, wir dann im Gegentheil den-jenigen Unrecht thun, welche seit der Annexion Verbindlichkeiten contrahirt haben. Dieser Verlust muß, wie manches andere Unangenehme mit der Annexion in den Kauf genommen werden; daran ist nichts mehr zu ändern. Allerdings ist es wahr, daß die Handelsverhältnisse gerade in Elsaß-Loth-ringen durch die verschiedenen Währungen sehr zu leiden haben; die Haupt-industrie liegt in Mülhausen und bezieht infolge der geographischen Lage und der hergebrachten Handelsverhältnisse ihre Rohstoffe hauptsächlich aus Frankreich, aus Havre. Sie muß daher in Franken bezahlen, verkauft aber, seitdem ihr der französische Markt abgeschnitten ist, vorzugsweise nach Deutsch-land, nimmt also Thaler ein und verliert zwei Prozent. Das ist aber leider nicht zu ändern, das muß die elassere Industrie ertragen, als ein Uebel der Annexion.

Wenn aber das Elsaß wirklich seinen Wein nach der Schweiz verkauft, nun so nimmt es doch dafür Franken ein, verliert also nicht, sondern gewinnt. Ich bin gewiß kein Gegner von Elsaß-Lothringen, muß aber dennoch aus-sprechen: Wir können an der Sache nichts mehr ändern. Eine andere Frage ist die, ob wir in Elsaß-Lothringen genug kleine Münzen haben. Nach persönlichen Wahrnehmungen an Ort und Stelle muß ich das bestritten und sagen, daß ein ungeheurer Mangel an Münzen existirt. Die Beträge, die uns von dem Herrn Vertreter des Bundesrathes mitgetheilt worden sind, daß nämlich 8 Millionen Gold und 420,000 Mark Silber ins Reichsland ge-gangen sind, können den dortigen Bedürfnissen durchaus nicht genügen. Ich glaube daher meinerseits nicht dahin äußern zu sollen: Wenn die deutsche Reichsregierung ernstlich will, daß den hinsichtlich des Münzwesens herrschenden Beschwerden abgeholfen werden soll, so muß sie sobald als möglich, und noch vor dem 1. Januar nächsten Jahres dafür Sorge tragen, daß sowohl Gold- als Silbermünzen in größerer Quantität nach Elsaß-Lothringen geschickt werden.

Abg. Simonis: Ich glaube, daß bei diesem Gesetze eine gute Gelegen-heit wäre, die Uebelstände der Münzverhältnisse in Elsaß-Lothringen zur Sprache zu bringen. Da mußte ich aber staunen, als ich nichts Anderes als politische Gründe hörte, wo ich von Politik Nichts gesprochen hatte. An-dererseits wurde mir gesagt, daß 8 Millionen in Gold und 420,000 Mark in Silber ins Land geschickt sind. Der Abg. Sonnemann bemerkte, daß wir aus der Schweiz Franken bekämen und dadurch für den Verlust wieder einen Vortheil hätten. Allein diese Summe, die wir einnehmen, ist nicht so groß als die, welche wir ausgeben müssen. Etwas Profit ist dabei, aber die Hände, welche die Summe einnehmen, sind nicht dieselben wie die, welche sie ausgeben. Der Abg. Braun sagte, er könne für die Ewigkeit keine Ga-rantie geben; von Ewigkeit ist überhaupt bei endlichen Dingen keine Rede. (Sehr wahr! im Centrum.) Außerdem sagt der Herr Commissar, daß die Franken nicht außer Cours gesetzt werden sollten; wenn beide Antworten richtig sind, so verstehe ich den § 3 gar nicht; wenn die Bestimmung über die Bekanntmachung der Aukercourssetzung nicht in Anwendung kommen

soll, so hängt ein wahres Damoklesschwert über unserem Haupte, heute gelten die Franken noch und morgen werden sie abgeschafft. (Widerpruch.) Habe ich falsch verstanden? (Stimmen: Ja!) Auch auf den Punkt ist nichts er-widert worden, daß durch die Erfüllung von Verträgen, die vor dem Kriege gemacht worden sind, jetzt eine Vereinträchtigung und ein Verlust von unge-fähr zwei Prozent entsteht. Der Abg. Braun sagte ferner, wir brauchen unser Geld nicht nach Paris zu schicken. Die Antwort sollte jedenfalls geistreich sein, allein ein praktischer Mann wird mir so nicht antworten. (Weiterkeit.)

Elsaß-Lothringen hat doch nun einmal seinen Verkehr mit Frankreich, wir müssen in Paris Manches suchen, was wir in Berlin nicht finden. Elsaß hat seither eine Steuer von mindestens 1 Million dadurch bezahlt, daß man nur in Franken zahlen konnte und die Thaler niedriger angerech-net wurden. Wenn heute die fünf Milliarden bezahlt werden müßten, so würde Frankreich hundert Millionen daran profitieren. Wenn ich nun ein Mittel anbeuge, um Franken hereinzuladen, so möchte das nächste Mittel das sein, daß die Douane nicht so beschwerlich wäre für den internationalen Verkehr, wie sie jetzt augenblicklich dastekt. Andere Mittel würden sich bald finden.

Präsident Delbrück: Die Mittheilung, welche vorhin gemacht ist über die nach Elsaß-Lothringen erfolgten Sendungen von Geld der Markwährung sollte natürlich nicht die Bedeutung haben, auszuwirden, daß damit genug ge-schehen sei; im Gegentheil, sie hatte nur die Bedeutung zu zeigen, daß, so weit es die augenblickliche Lage, sowohl die gesetzliche als die faktische es ge-stattet, man sich bemüht hat, dem Mangel an umlaufendem Gelde in Elsaß-Lothringen abzuhelfen. Es versteht sich von selbst, daß, sobald das vorlie-gende Gesetz angenommen und auf Grund desselben die Reichsmarkwährung eingeführt sein wird, die Reichsregierung es sich angelegen sein lassen wird, soweit es in ihren Kräften steht, dem Bedarf an Reichsmünzen gerecht zu werden. Ferner hat der Herr Vorräther den § 3 in seiner Tragweite nicht richtig aufgefaßt; was durch diesen § 3 hat ausgeschlossen werden sollen, ist die Einführung der französischen Münzen. Wenn die Bestimmung, welche nach § 3 nicht in Anwendung kommen soll, Gesetz würde, dann würden wir in der Lage sein, alle in Elsaß-Lothringen präparirten französischen Münzen einzulösen. Was die Heranführung der Franken betrifft, so weiß ich nicht, ob ich den Herrn Vorräther verstanden habe; so weit ich es verstehe, würde sein Mittel in einer großen Revision des Zolltarifs bestehen und das kann ich für den Augenblick als ein praktisches Mittel nicht an-erkennen.

Abg. Dr. Braun: Ich würde den Vorräther, daß ich die Politik einmische, ruhig auf mir sitzen lassen, und die Praxis, die Politik auszuschließen, be-reitwillig acceptiren, wenn das von der andern Seite in derselben Weise verprochen und gehandhabt würde. Das ist aber nicht zu erwarten (Ge-lächter im Centrum), nämlich, daß es verprochen wird; denn das es gehalten würde, wenn es einmal verprochen ist, nehme ich an. (Weiterkeit.) Sie haben die Sache schlimmer aufgefaßt, als ich sie gemeint hatte. Die Frage, wer angefangen hat, will ich dahin beantworten, daß ich angefangen habe, aus Anlaß dessen, daß mir die Ausführungen des Herrn Vorräthers wirth-schaftlich nicht recht begreiflich zu sein schienen, und daß ich daher annahm, sie seien nicht ganz frei von politischen Unterströmungen; außerdem veran-lassten mich auch die Interjectionen des Abg. Simonis dazu. Mein Ver-fahren halte ich aufrecht und bereue es zur Stunde nicht. Daß der Ueber-gang von einem Münzsystem zum anderen gewisse Beschwerden und Miß-stände mit sich bringt, ist natürlich und wird ja vom Abg. Sonnemann, dem speciellen Kenner der elass-lothringischen Verhältnisse, zugegeben. Die beiden solcher Uebergangsstadien sind dem Elsaß unter französischer Herrschaft auch nicht erspart geblieben. Die großen Umwälzungen zu Ende des vorigen und zum Anfang dieses Jahrhunderts haben in Elsaß-Lothringen die größten Debastationen an wirthschaftlichem Gebiete angerichtet und es sind damals Millionen an Vermögen verloren gegangen. Wenn Sie Autoritäten dafür haben wollen, so führe ich die Herren Erdmann und Chatreau an, welche zwar Romane schreiben, aber in durchaus realistischer Weise. Wenn im Elsaß ein Mangel an circulirendem Medium ist, so wird dem, wie wir eben ge-hört haben, abgeholfen werden; die wilden Thalerscheine werden ebenfalls bald verschwinden.

Wenn der Abg. Simonis etwas auszufragen hat, so mag er seine Wünsche in Form von Amendements, die man discutiren kann, vorlegen und mag mit Lamentationen über die Vergangenheit aufhören. Meine Antwort, die Herren brauchen ihr Geld nicht nach Paris zu schicken, war nur ein Scherz; ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß es auch andere Bezugsquellen giebt als Frankreich; man kann Baumwolle z. B. ebenso billig in Bremen kaufen, wie in Frankreich, und Caffee ebenso billig in Hamburg wie in Havre. Außerdem aber hat das Elsaß bedeutenden Umlauf nach Deutschland. Die Preise der Weine sind um 100 Proc. gesunken, und wo gehen sie hin? Nicht nach Frankreich, sondern nach Deutschland. Ein großer Theil der Producte der blühenden Fabricationszweige von Elsaß-Lothringen, der Spin-nerien, Webereien, Färbereien u. s. w. finden in Deutschland einen sehr bereitwilligen Markt, so bereitwillig, daß unsere Producenten sehr lebhaften Klagen über diese Concurrenz führen. Ich fasse alles zusammen: die Reichs-gesetzgebung ist nicht Herr über die Handelsbilanz, über die Wechselcourse, über den Grenzverkehr. Alles dies wird von ganz anderen Factoren bestimmt Will der Abg. Simonis Amendements stellen, so wird er bei uns das be-reitwilligste Gehör finden.

Hiermit schließt die Generaldiscussion. In der Specialdiscussion werden die einzelnen Paragraphen des Gesetzes ohne Debatte unverändert angenom-men und schließlich das ganze Gesetz definitiv genehmigt.

Ohne Debatte werden dann in erster und zweiter Lesung die Gesetzent-würfe betreffend die Besteuerung des Branntweins in Gebiets-theilen, welche in die Zollgrenze eingeschlossen werden und be-ziehend die Abgabe von der Branntweinbereitung in den Hohen-zoller'schen Landen unverändert angenommen.

Das Haus tritt hierauf in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über den Markenschutz. Die beiden ersten Paragraphen, welche von der Anmeldung der Markenzeichen zur Eintragung in das Handelsregister han-deln, sowie Vorschriften über die Form der Eintragung, werden ohne Discussion genehmigt.

Zu § 3, welcher lautet: „Die Eintragung von Waarenzeichen, deren Be-zugung für den Anmeldenden landesgesetzlich geschützt ist, darf nicht verjagt werden. Im Uebrigen ist die Eintragung zu verlagen, wenn die Zeichen Zahlen, Buchstaben, Wörter, öffentliche Wappen oder Aergerniß erregende Darstellungen enthalten“, sind von verschiedenen Mit-gliedern der freien Commission, welche sich mit der Vorlage befaßt hat, mehrere Amendements eingebracht, welche sämmtlich den Zweck verfolgen, die Kategorien der zur Eintragung zu verhaltenden Waarenzeichen zu er-weitern. So beantragen die Abgg. Grimm und Ademann nebst meh-teren anderen Abgeordneten: 1) hinter „landesgesetzlich geschützt ist“ einzu-schalten: „ferner von solchen Zeichen, welche bis zum Beginn des Jahres 1875 im Verkehr allgemein als Kennzeichen der Waaren eines bestimmten Gewerbetreibenden gegolten haben“; 2) den Schluß des Paragraphen so zu fassen: „Im Uebrigen ist die Eintragung zu verlagen, wenn die Zeichen ausschließlich in Zahlen oder Buchstaben bestehen, oder wenn sie Wörter, öffentliche Wappen oder Aergerniß erregende Darstellungen enthalten“.

Abg. Kister stellt zu dem ersten Antrage das Unteramendement, hinter „Gewerbetreibenden“ einzuschalten: „oder mehrerer Gewerbetreibenden eines Ortes oder eines Bezirkes“.

Von den Freunden der Amendements wird vorzüglich geltend gemacht, daß die im Entwurfe enthaltene Beschränkung der eintragungsfähigen Waa-renzeichen weder den Bedürfnissen des Verkehrs noch den Handelsinteressen entspreche. Abg. Dr. Grimm hebt hervor, daß die im Handelsrechte ein-gebrachten Marken denselben Schutz beanspruchen dürften, wie solche, denen ausdrücklich landesgesetzlicher Schutz gewährt sei. Dies sei der Zweck seines ersten Amendements, welches gleichzeitig mit den in der englischen und fran-zösischen Fabrications-Gesetzgebung niedergelegten Grundregeln übereinstimme. Sein zweites Amendement sei daneben nur von untergeordneter Bedeutung und solle wenigstens die Möglichkeit gewähren, durch Combination von Zahlen und Buchstaben eintragungsfähige Fabrikzeichen zu schaffen. Dagegen spricht



sich Abg. Dr. Weßky gegen sämtliche Amendements aus, da seiner Meinung nach das Publikum von Irrthümern und Täuschungen nicht geschützt sei, sobald es einmal zulässig wäre, Buchstaben und Buchstaben mit einander oder mit anderen Zeichen zu fabriciren. Dann genüge eine unmerkliche Veränderung, vielleicht das Weglassen resp. Hinzufügen eines unmerklichen Zeichens oder eines wenig beachteten Buchstaben, um gewissen Fabrikanten unter einer Marke, welche derjenigen irgend einer renommirten Firma zum Verwechseln ähnlich sei, als Waare dieser Firma selbst Eingang zu verschaffen.

Abg. Dr. Oppenheim ist ebenfalls gegen die Abänderungsanträge. Wollte man Buchstaben als Fabricirte gestalten, so könnten möglicher Weise diese später die Initialen einer neu entstehenden Firma werden, der man dann nicht verwehren könne, ihre Firmen-Initialen auf ihre Waaren zu setzen.

Abg. Dr. Reichensperger (Krefeld): Das Verbot der Buchstaben als Waarenschilder müsse in der Praxis zu den größten Controversen führen. Man wisse nicht, ob bloß Buchstaben der lebenden Sprachen ausgeschlossen, ob z. B. griechische Lettern zulässig seien oder nicht. Kein Mensch werde wohl die Zulässigkeit chinesischer Buchstaben bezweifeln. Was sich gegen die damit herbeigeführte Möglichkeit einer Täuschung des Publikums einwenden lasse, das gelte von allen Fabricirten überhaupt. Dasselbe lasse sich beispielsweise gegen einen Stern einwenden, der bald 3, 5, 6 oder 7 Zinken haben könne.

Bundes-Commissar Geh. Ober-Reg.-Rath Nieberding bemerkt, es liege keine Veranlassung vor, Fabricirte, die vielleicht im Verleib bereits eine gewisse Anerkennung gefunden, denen gleichzustellen, welche durch die Landesgesetzgebung geschützt seien, und für deren Inhaber daher ein Vermögensrechtliches Interesse bei ihrer Conservirung vorhanden sei. Er müsse daher um Ablehnung der Grimm'schen Anträge bitten; selbst wenn dieselben den Wünschen der Interessenten entsprächen, so ständen sie mit dem Interesse des Publikums in Widerspruch, und dieses sei an erster Stelle maßgebend. Das Reich'sche Amendement empfehle sich um so weniger zur Annahme, als es den Interessenten freistünde, auf welche es Bezug nehme, an jedem Orte eine legitime Vertretung fehle.

Abg. Dr. Harnier erklärt sich gegen den zweiten, aber für den ersten der Grimm'schen Anträge, da die im Verleib wirklich anerkannten, wenn auch durch die Landesgesetzgebung bisher nicht geschützten Waarenschilder sehr wohl im Interesse des Handels den Schutz des Reiches verdienen.

Der erste Antrag Grimm wird hierauf unter Ablehnung des Reich'schen Antrags amendementen angenommen; der zweite der Grimm'schen Anträge dagegen abgelehnt und § 3 hierauf in amendirter Fassung angenommen.

§ 4 lautet: „Die Eintragung erfolgt unter der Firma des Anmeldenden. Die Zeit der Anmeldung ist dabei zu vermerken. Gelangt ein bereits eingetragenes Waarenschilder aus Anlaß der Verlegung der Hauptniederlassung wiederholt zur Eintragung, so ist dabei die Zeit der ersten Anmeldung zu vermerken.“

Derfelbe wird ohne Discussion genehmigt.

§ 5 schreibt vor, daß die Lösung des eingetragenen Waarenschilders der Regel nach auf Antrag des Inhabers erfolge, von Amts wegen nur in einigen bestimmten Fällen. Die Anträge des Abg. Parisius, ob das Gesetz auch für solche Gewerbetreibende bestimmt sei, deren Firma nicht in dem Handelsregister im engeren Sinne, sondern im Genossenschaftsregister eingetragen sei, beantwortet Geh. Rath Nieberding im bejahenden Sinne. § 6 lautet: „Die erste Eintragung und die Lösung eines Zeichens wird in einem öffentlichen Blatte, welches der Reichsanzler bestimmt, bekannt gemacht. Die Kosten der Bekanntmachung der Eintragung hat der Inhaber der Firma zu tragen.“ Abg. Dr. Oppenheim beantragt, dem ersten Satz des § 6 folgende Fassung zu geben: „Die Markenregister werden in derselben Weise veröffentlicht, wie die Handelsregister.“ während Abg. Miquel vorschlägt, statt der im Druck hervorgehobenen Worte die Worte zu setzen: „im deutschen Reichsanzeiger.“

Abg. Dr. Oppenheim: Nach § 6 der Vorlage soll die Bekanntmachung der Eintragungen nur in einem Blatt erfolgen und dieses ein Blatt vom Reichsanzler bestimmt werden. Was nun die Centralisation der Bekanntmachungen in einem Blatte betrifft, so kennen die meisten, welche bereits ein Gesetz über Markenregister haben, eine solche Centralisation der Registrirung nicht. Und wir sollen hier den Versuch machen. Das scheint mir durchaus nicht richtig; meines Erachtens muß sich das Markenregister genau an das Handelsregister anschließen. Man beschleße daher entweder ein Centralhandelsregister, oder lasse die Sache wie sie ist. Beim Handelsregister muß das Handelsregister geführt werden, kann sich jeder Producent auch am leichtesten orientiren und wenn die Eintragungen beim Handelsregister im Markenregister nach den verschiedenen Industriezweigen geordnet erfolgen, so wird die Uebersicht um so leichter. Diese Uebersicht, die jeder Producent bei dem für ihn zuständigen, nicht weit entfernten Handelsregister in den Registern findet, wird durch ein Centralregister, wie es für die Handelsfirmen im Reichsanzleramt zusammengestellt wird, keineswegs übersichtlich gemacht. Und was die Vorschriften betrifft, daß der Reichsanzler das Blatt bestimmen soll, in welchem die Eintragungen zu erfolgen haben, so habe ich zwar kein Mißtrauen gegen den jetzigen oder künftigen Reichsanzler, daß derselbe die Bekanntmachung nur in Blättern von bestimmter politischer Färbung geschehen lassen werde, aber ich will nur darauf aufmerksam machen und ich berufe mich dabei besonders auf meine Kollegen aus Sachsen, welche Inconvenienzen zum Beispiel durch die Benutzung der Amtsblätter entstehen könnten. Ich bitte Sie, mein Amendement anzunehmen.

Abg. Strudmann empfiehlt das Amendement Miquel's. Der Reichsanzler habe ganz entschieden das Bedürfnis nach einer Centralisation der Bekanntmachungen ausgesprochen und der ganze Zug der heutigen Gesetzgebung gehe dahin, derartige einheitliche Veröffentlichungen eintreten zu lassen.

Abg. Miquel: Die Eintragung der Firmen hat eine vorzugsweise locale Bedeutung und muß dem Publikum bekannt sein; bezüglich der Waarenschilder aber kommt es darauf an, daß die Gewerbetreibenden sich orientiren können, welche Zeichen bereits eingetragen sind. Und zu diesem Zwecke ist eine offizielle Zusammenstellung sehr erwünscht. Mein Amendement verdient den Vorzug vor der Regierungsvorlage deshalb, weil nach demselben das, was die Vorlage der Willkür des Reichsanzlers überlassen will, durch das Gesetz bestimmt werden soll. Hierauf wird das Amendement des Abgeordneten Dr. Oppenheim abgelehnt und § 6 mit der vom Abg. Miquel vorgeschlagenen Aenderung angenommen. Der § 6 lautet somit in der angenommenen Fassung: „Die erste Eintragung und die Lösung eines Zeichens wird in dem deutschen „Reichsanzeiger“ bekannt gemacht. Die Kosten der Bekanntmachung der Eintragung hat der Inhaber der Firma zu tragen.“

§ 7 lautet: „Für die erste Eintragung eines Zeichens, welches landesgesetzlich nicht geschützt ist, wird eine Gebühr von 50 Mark entrichtet.“

Von der Entrichtung einer Gebühr für die Eintragung solcher Zeichen, welche bis zum Beginn des Jahres 1875 im Verleib allgemein als Kennzeichen der Waaren eines bestimmten Gewerbetreibenden gegolten haben, können die Landesregierungen entbinden.

Andere Eintragungen und Lösungen geschehen unentgeltlich.“

Abg. Ridert und Genossen beantragen am Schluß des Min. 1 hinzu-zufügen die Worte: „für die erste Eintragung eines Zeichens, welches landesgesetzlich geschützt ist, eine Gebühr von 25 Mark.“ und Min. 2 zu streichen.

Abg. Ridert: Die Vorlage hat als Regel den Grundsatß festgestellt, daß für die erste Eintragung der Waarenschilder eine Gebühr entrichtet werden solle. Die Ausnahme, welche sie aber von dieser Regel im Min. 2 des § 7 statuiert, ist durch nichts gerechtfertigt. Die bisherigen Landesgesetzgebungen haben einen Schutz nur für ihr begrenztes Territorium gewährt; wenn derselbe jetzt auf das ganze Reichsgebiet ausgedehnt wird, so ist es doch billig, daß für diese Ausdehnung des Schutzes eine Gebühr entrichtet wird. Ich bitte Sie, mein Amendement anzunehmen.

Das Ridert'sche Amendement wird jedoch, nachdem Abg. v. Cuny sich gegen und Abg. Dr. Oppenheim sich für dasselbe erklärt hatten, abgelehnt und § 7 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Es wird nunmehr ein Verfassungsantrag angenommen und die Sitzung um 4 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr Nachmittag. (Tagesordnung: Antrag des Abg. Klotz betreffend die geschäftliche Behandlung der vom Bundesrath an den Präsidenten des Reichstags gelangten Uebersichten über die vom Bundesrath auf die Beschlüsse des Reichstags gestellten Beschlüsse; Antrag des Abg. v. Unruh, betreffend eine Aenderung der Geschäftsordnung, Fortsetzung der zweiten Verhandlung des Gesetzesentwurfs über Markenregister und erste Verhandlung des Gesetzesentwurfs betreffend die Verpflichtung zu Naturalleistungen an die benachtheiligte Macht im Frieden. Der Präsident theilt mit, daß er die Interpellation des Abg. Herz, betreffend den Erlaß eines Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die obligatorische Civilehe, um deswillen nicht schon auf die Tagesordnung für Mittwoch gesetzt habe, weil er die Entscheidung des Hauses über den Antrag Klotz habe vorbegehen lassen wollen, die in Bezug auf die Interpellation des Abg. Herz möglicherweise von präjudizirlicher Wirkung sein könne.)

Berlin, 10. November. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Pfarrer und Superintendenten Winger zu Helfta im Mansfelder Seckreie den königlichen Kronen-Orden dritter Classe verliehen.

Dem Geheimen Commerzienrath Louis Rabené ist Namens des deutschen Reiches das Equatur als Kaiserlich und Königlich österreichisch-ungarischer General-Consul in Berlin ertheilt worden.

Se. Majestät der König hat die Criminal-Polizei-Inspector Vornann und Weber, sowie den Polizei-Assessor Limann zu Berlin zu Polizei-Räthen ernannt.

An der Sophien-Realschule in Berlin ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Otto Thiemme zum Oberlehrer genehmigt worden.

Berlin, 10. November. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] gewährten heute Vormittag einer Deputation der Städte Mählhausen, Sonderhausen und Frankenhäusen Adienz, welche eine den Bau einer Eisenbahn betreffende Petition zu überreichen die Ehre hatte. Demnach hörten Allerhöchstdieselben die Vorträge des Militär-Cabinet's, sowie des Polizeipräsidenten von Berlin und nahmen in Gegenwart des Commandanten von Berlin militärische Meldungen entgegen.

Nach 12 Uhr empfingen Se. Majestät den Herzog Carl von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, Hohheit. (Reichsanz.)

Berlin, 10. November. [Die Disposition gegen den Reichshaushalt-Gesetz. — Unterrichts-Gesetz. — Lehrbuch für den katholischen Religionsunterricht.] Die Disposition, welche sich gestern im Reichsrath gegen den Reichshaushalt-Gesetz erhob, ging mehr von den Clericalen als von den sonst üblichen Opponenten aus. Wenn sie übrigens klagen, daß die Veranschlagung nicht richtig sei, so ist das unbegründet, sie ist vielmehr nach derselben Weise geschehen, welche sich stets als practisch bewährt hat und nach welcher der dreijährige Durchschnitt zu Grunde gelegt wird. — Durch die Blätter geht die Nachricht, daß das Unterrichts-Gesetz in der nächsten Landtagssession noch nicht eingebracht werden würde, und das ist wohl richtig; nicht aber sind es die Gründe, welche dafür angeführt werden, es tritt zu ihnen vielmehr noch der Hauptgrund, daß die Reorganisation des Unterrichtsweises von der allgemeinen Verwaltungs-Reform abhängig ist; die wichtigste Aufgabe der Gesetzgebung ist, zunächst die Verwaltungs-Reform zu Stande zu bringen und dann erst das Unterrichts-Gesetz. — Auf den Bericht des Provinzial-Schul-Collegiums zu Coblenz hat der Cultusminister in einer Verfügung anerkannt, daß das in den höheren Lehranstalten der dortigen Provinz bisher benutzte Lehrbuch der katholischen Religion von Conrad Martin an erheblichen wissenschaftlichen, didactischen und pädagogischen Mängeln leidet und daß daraus der staatlichen Schulverwaltung die Pflicht erwächst, den ferneren Gebrauch dieses Lehrbuchs auf den erwähnten Anstalten zu verbieten. Es wird sogar in der Verfügung ausgesprochen, daß es weniger nachtheilig sei, wenn gar kein Lehrbuch dem Unterricht zu Grunde gelegt werde, als ein solches. Da jedoch die Verwendung eines angemessenen Lehrbuchs beim Religions-Unterricht als nützlich erachtet werden muß, so hat der Cultusminister das Provinzial-Schul-Collegium angewiesen, auf Anschaffung eines solchen hinzuwirken. Auf welchem Wege dies zu geschehen habe, dafür müßten die gesetzlichen Vorschriften maßgebend sein. Bisher war dem Bischof nach dem Gesetz vom 10. October 1846 das Recht zugesprochen, über die Anschaffung solcher Bücher in jedem Falle bestimmen einzuwirken, aber man ist damit über das gesetzlich zulässige Maß hinausgegangen und soll damit nur gesagt sein, daß kein vom Bischof nicht approbirtes Buch angeschafft werden soll. Die Anschaffung selbst aber ist vom Provinzial-Schul-Collegium zu bestimmen. Danach wird letzterem unter den vom Bischof approbirtten Lehrbüchern der katholischen Religion die Auswahl gegeben und wird dasselbe zu Vorschlägen eines anderen Lehrbuchs aufgefordert, um es zu prüfen und zu genehmigen.

[Schiffbruch.] Am 3. September d. J. ist an der Küste von Orby bei Varde in Jütland eine Fregate gefunden worden, in welcher sich ein Zettel mit Notizen befand, die auf den Untergang eines deutschen Schiffes Bezug zu haben scheinen.

Die Notizen, welche für die Aether des Schiffes und für die Angehörigen der Schiffsbefahrung von Interesse sein dürften, lauten wie folgt: „Getrandet auf der Nordsee. Herr Kessler, Herr H. Dummer, Jrl. Anna Krempf, Mathilde Annas. Gott sei unserer Seele gnädig. Capitain Brandt.“

Labung und Mannschaft, alles verloren.“

Aus der sächsischen Oberlausitz, 8. Novbr. [Eine Anklage] wegen Verletzung des § 166 des Strafgesetzbuchs hatte, nach der „Post. Ztg.“, den Sprecher der freien Gemeinde zu Jütch bei Nürnberg, J. A. Hüttich, auf die Anklagebank vor dem Bezirksgerichte zu Bayreuth geführt. Er war angeklagt, in einem Vortrage vor der freireligiösen Gemeinde in Groß-Rohr-dorf die christlichen Kirchen, bez. deren Einrichtungen öffentlich beschimpft zu haben und zwar dadurch, daß er die Amtstracht der Geistlichen eine Mäntelchen genannt, die Behauptung aufgestellt, die Bibel enthalte Lügen, und mit Hinweis auf Religionskriege, Juden- und Kegerverfolgungen und die Inquisition ausgesprochen habe, es sei nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet habe, die Kirche mit ihrer Lehre habe aus der Erde eine Mördergrube gemacht. Der Angeklagte, der bis vor einem Jahre katholischer Geistlicher und längere Zeit Leiter der katholischen Missions-Druckerei in Jerusalem gewesen ist, erklärte sich für nichtschuldig, und da nicht der Beweis geführt werden konnte, daß er mit dem Ausdruck Mäntelchen die Amtstracht der Geistlichen gemeint und den Ausdruck „Mördergrube“ gebraucht habe, so beantragte der Staatsanwalt selbst in Betreff dieser zwei Punkte die Freisprechung. Es handelte sich also nur noch um die Feststellung, ob eine gegen den Inhalt der Bibel ausgesprochene Schmähung als eine directe Beschimpfung der christlichen Kirchen oder einer Einrichtung oder eines Gebrauches derselben anzusehen sei oder nicht. Das Bezirksgericht erkannte in der Aeußerung des Angeklagten, die Bibel enthalte Lügen“ zwar eine Beschimpfung der Bibel, nicht aber eine Beschimpfung der christlichen Kirche selbst, oder einer Einrichtung oder eines Gebrauches derselben und sprach den Angeklagten zu allen drei Punkten freige und zum zweiten Punkte überdies straffrei. Für das Erkenntnis maßgebend war der Umstand, daß der Reichstag bei Verhandlung des § 166 auf Lasler's Antrag die Worte: „oder die Gegenstände ihrer Verehrung oder ihre Lehren“ gestrichen hatte.

## Österreich.

\* Wien, 9. November. [Eine Krisis in Ungarn. — Das neue Strafgesetz.] In Ungarn mehrt sich der Zündstoff, der in nicht allzulanger Frist nothgedrungen zu einer neuen Katastrophe führen muß, von Tage zu Tage. Gegenwärtig zieht die Krisis schon nicht mehr bloß das Parlament, sondern auch das Ministerium in ihre Wellenkreise. Ueber die Verhältnisse, welche zwischen der eigentlichen Regierung und der sogenannten „Mittelpartei“ aufgetaucht sind, habe ich bereits berichtet. Ghyzy's Stellung, der diese Fraction aus den Reihen der Linken in das deatistische Lager hinüberführte, als er selber in das Ministerium Witto eintrat, wird wesentlich dadurch erschwert, wenn sich gerade jetzt, wo die Steuererhöhungen votirt werden sollen, seine Gefolgschaft von ihm losragt und theilweise in's Lager der Linken zurückkehrt. Nun aber kommen dazu noch ernste Conflicte zwischen dem Minister des Innern, Grafen Szapary, und seinen Kollegen, so wie mit den Deatisten selbst. Szapary, eine echte Funken-natur, steht mit dem Ministerpräsidenten Witto schon seit lange nicht gut. Nun hat der Minister noch eine tour de force durchgeführt, indem er den Obergepan des Barser Comitats, Grafen Migazzi, Knall und Fall und ohne jede rücksichtsvolle Phrase seines Amtes ent-hob, weil dieser, selbst sehr populär in seinem Bezirke, sich weigerte, eine Disciplinaruntersuchung gegen einen sehr populären Stuhlrichter einzuleiten, der das Lattengefängnis als Tortur in Anwendung gebracht. Der Streit ist ganz der alte, den man drüben noch lange

nicht zum Austrage bringen wird zwischen Centralisten und Municipalisten, von denen jene die Allgewalt des Ministeriums und Parlamentes, diese den Fortbestand der alten Comitats-Autonomie wollen. Sogar nach dem Municipalitäts-Gesetz, welches die Rechte der Comitats arg beschneidet, läßt sich Manches zu Gunsten Migazzi's — natürlich nur der Form nach — sagen, wie sehr man in der Sache auch dem Minister beipflichten muß. Dieser war nun aber auch im Unterhause so kurz angebunden und so wenig vorsichtig, als er am Sonnabend eine Interpellation in der Angelegenheit beantwortete, daß die Rechte sehr unwirksam wurde. Es mußte seine erste, meritorisch wiederum ganz richtige Erklärung, daß die Ernennung des Obergepans ein Privilegium der Krone sei, dahin ändern, daß er über die Motive der Entlassung von Beamten keine Rechenschaft ablegen könne. Von so vielen Seiten aber thut man, als habe der Minister ein Capitalverbrechen begangen, daß es eine wahre Wohlthat ist, wenn das Unterhaus sich jetzt auf zwei Wochen verlagert hat, um seinen Ausschüssen Zeit zur Beschlußfassung über die Plenarvorlagen zu lassen. — Der neue Strafgesetzentwurf Glaser's kommt einem lebhaft gefühlten Bedürfnisse entgegen. Unser Bad-Thun'sches Strafgesetz von 1852, war eigentlich nur eine, im Sinne der damaligen politisch-psychischen Reaction verfallene Neu-Auflage des alten Coder von 1803. Eine falsche Humanität gegen gemeine Verbrecher paarte sich darin mit namenloser Willkür gegen politische Delicte. Ist nun auch dem zweiten Uebelstande theilweise, z. B. durch das Preßgesetz abgeholfen, so kann der-felbe doch nur durch ein neues Strafgesetz radikal beseitigt werden. Der Mord im Eisenbahncoupe und die zunehmende Unsicherheit mahnt auch an die Nothwendigkeit, eine Umarbeitung in der ersten Richtung vorzunehmen, besonders da ja jetzt die Jury über alle Delicte zu entscheiden hat, auf die fünf Jahre Strafe gesetzt sind.

## Spanien.

Logrono, 2. November. [Vom Kriegsschauplatz] schreibt man der „R. Z.“ Mein mit dem Datum des heutigen Tages versehenes Schreiben war schon durch den verhängnißvollen Spalt gewandert, über dem geschrieben sein könnte „Lasciate ogni speranza“, als zu meiner Kunde kam, daß ein Theil des Generalstabes, nämlich die Pferde, bereits den Ebro hinunter nach Sencero abmarschirt seien. Die hier befindlichen Cavallerie-Schwadronen hatten sich ebenfalls dahin auf den Weg gemacht, und augenblicklich wird in ganz Logrono gepackt, ausgeladen und zum Abmarsch begeben. Das Hauptquartier begibt sich morgen nach dem kleinen Orte Laguardia. Dort kann und wird man aber nicht lange bleiben, sondern abwarten, ob der angekündigte Angriff auf Trun stattfinden wird, in welchem Falle Verstärkungen dahin über Santander und San Sebastian abgehen sollen — eine kluge Sache bei dem schlechten Wetter auf dem launischen Ocean —, oder ob man mit der ganzen Macht nach Vitoria vorrücken kann. Diese letztere Eventualität ist diejenige, welche ich als wahrscheinlich bezeichnend habe mit Auseinandersetzung der Motive, die sie veranlaßt haben und der mit ihr verbundenen Vortheile. Die Stadt Logrono wird aller Voraussicht nach die zahlreichen Gäste sobald nicht wieder in ihren Mauern und innerhalb ihrer curiösen Festungswerke sehen.

Von der französischen Grenze, 6. November. [Ueber die Belagerung von Trun] schreibt man der „R. Z.“:

Wie bereits erwähnt, setzten die Carlisten gestern das Bombardement Truns fort. Das Feuer war nicht so lebhaft als am ersten Tage, auch schossen die Carlisten bedeutend schlechter. Der Grund hiervon ist sehr einfach, der Commandeur der Batterie zur Seite des San Marcial wurde vorgestern Morgen verwundet und soll gestern Abend seiner Wunde erlegen sein. Er ist französischer Artillerie-Officier gewesen und zu den Carlisten desertirt. Die französische Batterie bei Barrieta schloß noch ebenso schlecht, wie am ersten Tage des Bombardements. Sie hatte aber zum Theil andere Geschosse, zwei Geschosse waren nämlich seit Mittwoch Abend Bomben mit Petroleum gefüllt in die Stadt. Auf diese Weise hatten sie Mittwoch Abend zwei Häuser in Brand geschossen, bei deren Feuer sie auch die Nacht über auf die Stadt schießen konnten. Während die Flammen aus diesen Häusern herauskamen, während die Carlisten ihr Feuer auf die unglücklichen Bewohner Truns richteten, welche einen Theil ihrer Habe nach Hendaye retteten, und während andere am Ufer der Bidassoa auf den Trümmern ihres Eigenthums ohne Obdach saßen und ihr Unglück beweinten, während dessen beteten französische Priester laut für den Sieg des Don Carlos. Wir erwähnen nur diese Thatsache, welche Hunderte beobachtet haben und überlassen es den Lesern, sich ein Urtheil über diese Prediger der Liebe und Verzeihung zu bilden.

Gestern gegen 10 Uhr Morgens schlugen zwei Geschosse vom Fort Mendivil mitten in die carlistische Batterie auf dem Barrieta ein. (Französische Zeitungen nennen diese Batterie St. Helena, obwohl dieses Dorf weit entfernt ist. Wir bezeichnen sie, wie auch die spanischen Militärbehörden, nach dem Berge, auf welchem sie liegt.) Zwei Geschosse vom rechten Flügel dieser Batterie haben seitdem vollkommen geschwiegen, so daß wir wohl mit Recht annehmen können, daß sie außer Gefecht gesetzt sind. Gegen Mittag ansetzten vor der Bidassoa zwei spanische Kriegsschiffe, welche 3 Compagnien Carabineros für Fontarrabia, 30 Artilleristen und eine beträchtliche Menge Munition für Trun landeten. Heute Abend werden 5 Geschosse nebst Munition und Munition aus San Sebastian erwartet.

Was die Ankunft des Generals Loma mit den Entsätzungsstruppen anbelangt, so kann dieselbe erst heute Nacht oder morgen erfolgen. Wir hegen so viel Theilnahme für die Bewohner Truns, welche uns zum größten Theil bekannt sind, daß wir uns verleiten ließen, die Ankunft des Generals für gestern in Aussicht zu stellen. Dies wurde allgemein in Hendaye behauptet, doch war es unmöglich, da zum Ein- und Aussteigen von 10,000 Mann noch bedeutend mehr Zeit gehört. Außerdem wollen diese 10,000 Mann auch mit Munition und Lebensmitteln versorgt sein, um in diesen Bergen eine Operation unternehmen zu können. General Loma ist heute Morgen in Bajages angekommen und hatte die Ausrichtung seiner Truppen sofort begonnen.

Gestern Abend gingen wir nach Trun hinein, um uns die Wirkung der carlistischen Geschosse anzusehen. Die Nacht brachten wir auf dem Fort Mendivil, den Vormittag auf dem Fort El Parque zu. Bis heute Mittag, um welche Zeit wir Trun verließen, waren 7 Häuser fast total zerstört, viele andere hatten etwas gelitten. Der Schaden ist im Verhältniß zu der Dauer des Bombardements nur sehr gering. Dies ist hauptsächlich den drabon Miquelotes zu verdanken. Sobald nämlich Bomben von der carlistischen Batterie geschossen werden, giebt ein auf dem Kirchthurm stationirter Artillerist das Signal durch kurzes Anschlagen der Glocken. Die Miquelotes haben Abtheilungen gebildet und dieselben an den verschiedensten Punkten der Stadt stationirt, welche nur die Aufgabe haben, einschlagende Bomben durch Sand zu ersticken. Wir waren Zeuge, mit welcher Todesverachtung sich die tapferen Miquelotes dieser Aufgabe entledigten und haben auch constatirt, daß ihnen dabei noch kein Unfall begegnet ist. Sie sind vom besten Geiste befeuert und erwarten mit Ungebuld den Moment, in welchem sie sich von Neuem mit den Carlisten treffen können. Es ist fast kein Gewehrschuss aus Trun gefallen, denn die paar Schuß vom Kirchthurm aus dienen nur als Signal, um die Wachen in der Stadt und auf den Forts darauf aufmerksam zu machen, wenn sich ihnen eine carlistische Abtheilung nähert. Heute haben allerdings die Carabineros von San Jago die Carlisten durch Gewehrschüsse zurückgetrieben, welche auf die noch immer abziehenden Einwohner schossen. San Jago liegt hart an der Bidassoa und ist Endpunkt der Fähre, welche nach dem französischen San Jago hinüberfährt. Es besteht nur aus einem Hauje, mit einer Mauer zum Theil umgeben und ist als Douanenposten besetzt.

El Parque hatte ziemlich stark gelitten, doch haben die Miquelotes sich im Feuer weitergearbeitet und alles wieder hergestellt, ja sogar einen Wall beträchtlich erhöht. Mendivil hatte weniger gelitten, wir aßen dort mit drei besetzten Offizieren zu Abend. Doch wurde uns ein Theil unserer Mahlzeit gewaltsam verweigert. Eine Granate schlug in das Haus ein, drang bis in unseren Speisealon, krepirte dort in der Erde und warf uns die Schmutz in Keller und Gläser. Der Salon bestand nämlich aus einer ungeputzten Küche, deren Wände von Kugeln durchlöchert und daher mit Brettern bekleidet sind. Auch auf den beiden Forts trafen wir die Besatzung in trübseliger Stimmung. Die Miquelotes sind alle überzeugt, daß die Carlisten



Die bei etwaiger Wegnahme Trunks sämtlich über die Klinge springen lassen. Daher sind sie wie auch der Commandant bereit, sich lieber unter den Trümmern Trunks begraben zu lassen, als in die Hände der Carlsten zu fallen. Bis heute Mittag betrug der Verlust an Todten und Verwundeten in Trun und den beiden Forts 17 Mann, darunter 10 Artilleristen. Heute hatten die Carlsten nur 6 Geschütze im Feuer. Vermuthlich haben sie die übrigen dem General Roma entgegengeschickt, von dessen Ankunft sie schon Nachricht erhalten haben.

Die Thore Truns standen heute sämtlich auf, die Miqueletes wollten die Carlsten bis auf 10 Schritt herankommen lassen, um dann mit dem Bajonnet vorzugehen. Vor diesen Bajonetten haben die Carlsten allen Respekt. Gestern Abend kam ein Carlstischer Bataillon bis in die Vorstadt Truns, ohne von den Miqueletes auch nur mit einem Schuß begrüßt zu sein. Das Thor stand offen, die Miqueletes zur Seite bereit, sich auf die Carlsten zu stützen. Der Commandant wollte jedoch vorher eine List versuchen, ehe er seinen Soldaten den Befehl zu dem ebenfalls auch für seine Leute sehr blutigen Ausfall gab. Er ertheilte den Miqueletes den Befehl, sein Commando nicht eher auszuführen, bis er durch einen Pistolenschuß das Zeichen dazu gegeben hätte. Darauf commandirte er mit seiner Löwenstimme „Miqueletes à la bayoneta!“ Die Miqueletes standen ruhig, wenn man ihnen auch anfaß, daß sie lieber vorgezogen wären, die Herrn Carlsten erinneren sich wohl noch zu gut der Affaire bei Behobie in der Mitte vorigen Monats, denn sie verschwandten schleunigst.

Die Artillerie Truns schießt jetzt ziemlich gut. Die besten Treffer haben noch immer die beiden Kanonenboote erzielt, welche bei Trun in der Bidasoa liegen. Sie schießen beide nach der Batterie zur Seite des Marcial, von den Carlsten „bateria real“ genannt. Das erste Geschütz des „Null“ kostete den Carlsten ihren Batteriechef und sechs der besten Artilleristen. Was dieselben an Todten und Verwundeten verloren haben, wird schwerlich wieder bekannt werden. Wir sahen einige Kartätschfugeln vom Kirchturm in ihre Reihen eindringen.

## Provincial-Beitung.

§ Breslau, 10. Nov. [Bezirksverein des nordwestlichen Theiles der inneren Stadt.] In der gestern Abend im Saale des Café restaurant abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Versammlung, die von Herrn Dr. Stein geleitet wurde, erstattete zunächst Herr Kaufm. Heimann Namens der in der letzten Sitzung niedergesetzten Commission Bericht über die Brotfrage. Die Commissionsmitglieder haben persönlich dem Herrn Oberbürgermeister v. Jordan und dem Herrn Polizei-Präsidenten Freiherrn v. Uslar-Gleichen ihre Aufwartung gemacht, den ersten aber leider nicht mehr angetroffen, da derselbe schon nach Berlin abgereist war. Trotzdem ist der Deputation die Mittheilung geworden, daß der Herr Oberbürgermeister sich für den Gegenstand sehr interessire. Auch der Herr Polizei-Präsident habe, so wird berichtet, seine Bereitwilligkeit hierzu ausgesprochen, doch habe derselbe Bedenken geäußert, bezüglich der Brotfrage einseitig vorzugehen. Die bevorstehende Einführung der Reichswährung werde notwendigerweise mancherlei Reformen im Verlehr nach sich ziehen und von Seiten des Publikums werde nach den verschiedensten Richtungen hin eine Aenderung des Verkaufsmodus gewünscht, so daß es nicht angemessen erscheine, diese Reformen nur auf einem einzelnen Gebiete sofort vorzunehmen. Immerhin aber empfehle es sich, die Frage des Verkaufs des Brotes u. s. w. nach dem Gewicht in den Bezirks- und Bürgervereinen zu discutiren, um die Ansichten zu klären und die öffentliche Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Indem Herr Heimann die Brotfrage noch weiter erörtert, spricht er sich für die Einführung des Verkaufs nach dem Gewicht aus und empfiehlt, die vom Verein bereits niedergesetzte Commission zu ermächtigen, mit den Herren Badermeistern behufs Anbahnung eines Einverständnisses in Unterhandlung zu treten.

In der sich hieran anschließenden Discussion wies Herr Badermeister Ruhn darauf hin, daß er bereits im Jahre 1870 mit einer Anzahl seiner Badermeister den Verkauf des Brotes nach Gewicht habe einführen wollen; man habe aber in Folge der Abneigung des Publikums wieder zu dem alten Modus zurückkehren müssen. Herr Ruhn, sowie einige andere anwesende Badermeister suchten demnach auszuführen, daß der Verkauf des Brotes nach dem Gewicht, wenn nicht unmöglich, so doch mit erheblichen Nachtheilen und großen Unbequemlichkeiten verbunden sei und das Publikum bei dem jetzigen Modus eine Ueberbörtheilung durchaus nicht zu fürchten habe. Der Verein tritt schließlich dem Antrage des Herrn Referenten bei.

Hierauf folgte der Bericht über die Einleitung zu den Stadtverordneten-Wahlen im 4., 8., 19. und 24. Wahlbezirk. Bezüglich des 4. Bezirks berichtete Herr Vollrath, daß das zusammengetretene Wahl-Comité sich einstimmig für die Wiederwahl des Herrn Justizrath Bouneß erklärt habe. Der Bezirksverein spricht sich ebenfalls einstimmig für diese Wiederwahl aus. Ebenso ist im 19. Bezirk, wie Herr Vollrath weiter berichtet, die Wiederwahl des seitherigen Stadtverordneten Herrn Sanitätsrath Dr. Eger in Aussicht genommen und für Donnerstag den 12. d. M. eine Vorbesprechung der Wähler, resp. eine Vorwahl anberaumt worden. Der Bezirksverein erklärt sich gleichfalls einstimmig für die Wiederwahl des Herrn Sanitätsrath Dr. Eger. Für den 8. Bezirk referirt Herr Elsner. Eine Entscheidung, ob der seitherige Vertreter des Bezirks, Brauerbesitzer Zeisig, wiedergewählt oder eine andere Persönlichkeit als Candidat aufgestellt werden solle, ist noch nicht erfolgt, sondern einer heut stattfindenden Wählerversammlung vorbehalten. — Das für den 24. Bezirk niedergesetzte Comité hat ebenfalls für heut Abend eine Wählerversammlung angesetzt; derselben soll im Auftrage des vereinigten Wahl-Comités der liberalen Parteien die Wiederwahl des seitherigen Vorstandes, Wagenfabrikant Schrammed, empfohlen werden die Herren Dr. Stein und Sanitätsrath Dr. Eger erklären, diese Wahl mit Rücksicht auf den Fleiß und die Thätigkeit des Candidaten auf das Warmste befürworten zu können.

Hierauf hielt Herr Sanitätsrath Dr. Eger noch einen Vortrag über die Reformen der Einkommen- und Klassensteuer pro 1875, an den sich noch eine kurze Discussion angeschlossen, worauf die Sitzung um 10½ Uhr geschlossen wurde.

—d. Breslau, 10. Nov. [Generalversammlung des Vereins zur Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen „zur Eintracht“.] In der gestern Vormittag unter dem Vorsitz des Stadtraths a. D. Rahner im Saale des Vincenzhauses abgehaltenen Generalversammlung wurde zunächst der Jahresbericht für das erste Halbjahr 1874 erstattet. Darnach betrug die Einnahme bei 1410 Mitgliedern rund 3334 Thlr., die Ausgaben 1531 Thlr., so daß ein Bestand von 1802 Thlr. verbleibt, welcher in sichere Werthsapere anzulegen ist. Von den Ausgaben haben wir herbor 1020 Thlr. Verdringungsgelder für 32 Mitglieder, 251 Thlr. Verpflegungsgelder an 86 Mitglieder, 171 Thlr. Verwaltungskosten u. s. w. In der Zeit vom 1. Juli bis jetzt betrug die Einnahme rund 1138 Thlr., die Ausgabe 808 Thlr., mithin verbleibt ein Barbestand von 329 Thlr. Der Vorsitzende legte hierauf ein vom Curatorium revidirtes Statut vor. Seit dem Jahre 1837 fei, bemerkte der Vorsitzende, keine Revision der Statuten vorgenommen, welche nunmehr bei den veränderten Verhältnissen unumgänglich notwendig geworden sei. Nachdem im § 1 der Vereinsatz unter Protest einer kleinen Oppositionspartei fallen gelassen war, wurde die Discussion bei der Verapottung der weiteren §§ so regellos und unparlamentarisch, daß ein erschöpfendes Resultat der Verhandlungen nicht zu erwarten stand. Herr Troughon stellte daher den Antrag, daß die Verammlung vertagt werde und die veränderten §§ des Statuts sämtlichen Mitgliedern gedruckt zugesandt würden, damit sich dieselben ein Urtheil zu bilden Gelegenheit haben. Der Antrag wurde angenommen und in 4 Wochen eine neue Verammlung in Aussicht gestellt, welche auch Neue das revidirte Statut berathen und die Vorstandswahl vornehmen soll, welche gestern ebenfalls unterbleiben mußte.

§ Breslau, 8. November. [Der Humboldt-Verein für Volksbildung.] wird auch in diesem Winter die öffentlichen Vorträge im Musiksaal der kgl. Universität mit Genehmigung der betr. hohen Behörde fortsetzen lassen und wurden dieselben am heutigen Vormittag um 11 Uhr vor einer sehr großen Anzahl Zuhörer und noch mehr Zuhörerinnen, die den Saal füllten, eröffnet. Den ersten Vortrag hielt Herr Dr. Gustav Karpeles, der sich das Leben und die Entwicklung Gottfried Kinkel's, des begeisterten Dichters, zum Gegenstand gewählt hatte. Wir haben, treu der übernommenen Pflicht, kurz zu berichten, aus dem von Begeisterung durchdrungenen Vortrag des Redners nur folgende Hauptzüge hervor. Herr Dr. Karpeles leitete den Vortrag mit einer Begrüßung des Publikums im Auftrage des Humboldt-Vereins durch Einweihung einiger Verse G. Kinkel's ein und ging dann zur Skizze des Jugendlebens jenes Dichters über. Er war am 11. August 1818 in einem Dörfchen bei Bonn geboren und genoss einer frommen Erziehung, wie ihn sein Vater ja auch zum künftigen Prediger bestimmt hatte. Nach erhaltener Jugendbildung hatte der junge talentvolle Mann, in welchem sich der einstige Dichter schon verrieth, sich zum Doctor der Theologie vorbereitet. Umgang mit Dichtern, wie Geibel, Freiligrath und verandeten Geistern hatte seiner anregenden Frömmigkeit schon eine weltgemähere Richtung gegeben und die Studienzeit in Berlin,

wie auch der Umgang mit Frauen des hiesigen Kreises ihn dem Pantheismus geneigt gemacht und über die strengreligiösen confessionalen Anschauungen seiner früheren Zeit erhoben. Von seinen Liebesverhältnissen erhielt das zu Johanna Modet, einer geschiedenen Frau, die Dauerhaftigkeit, die verandete Gefinnung verleiht und führte 1843 den jungen Doctor trotz aller Verdrächtigungen zur dauernden Verbindung mit seiner Auskoren. Die Theologie gab Kinkel nun auf und ging zum Fach der Literatur und Geschichte der bildenden Künste über, in welcher er bald Professor wurde (1846). Die späteren Schicksale, seine Thätigkeit in Vereinen, sein Zug nach Siegburg, seine Vertheiligung an der badiischen Erhebung für deutsche Republik, sein Kampf für dieselbe und seine Gefangenenschaft zu Nauzgaund und Spandau, wo der geniale Dichter als Sträfling Wollspinnen mußte, gehören der deutschen Geschichte an, sowie seine durch einen begeisterten Gefährten, C. Sturz, unterstützte Flucht aus Spandau nach London, wo er mit seiner Gattin und seinen Kindern wieder vereint wurde, aus der „Gartenlaube“ bekannt sind. Seine theure Gattin sollte der Vielgeprüfte, der sich durch Flehen und Bitten sein Brot erwerben mußte, 1858 durch einen Sturz aus dem Fenster verlieren. Später kehrte Kinkel in Folge der Amnestie zurück nach der Schweiz, wo er als Professor der Geschichte der bildenden Künste noch thätig ist. Seine lyrischen Dichtungen tragen trotz der erlittenen Schicksale einen versöhnlichen elegischen Charakter; noch hervorragender sind seine epischen Producte, besonders „Otto der Schöpfer“, ein Gedicht, dessen Inhalt Herr Dr. Karpeles in Kurzem mittheilte. Auch ein Trauerspiel hat Kinkel verfaßt: „Nimrod“. Prosaische Erzählungen hat er in Gemeinschaft mit seiner Frau herausgegeben. In Prosa hat er außerdem Predigten und ausgewählte Parabeln Christi geschrieben. So lebt und wirkt Kinkel noch heute in der Schweiz und hat mit Freunden die Idee, für die er in der Jugend mit Blut und Leben gekämpft und gelitten hat: die Größe seines Vaterlandes zur Wahrheit werden sehen. Der Vortrag fand reichen Beifall.

\* Breslau, 6. November. [Stolze'scher Stenographen-Verein.] Die am 5. d. Mts. abgehaltene General-Versammlung eröffnete Rector Adam, worauf die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgte. Nachdem von dem Vorsitzenden bereits die entsprechende vorchriftsmäßige Meldung gemacht worden war, wurde die nötig gewordene Abänderung der Vereinsstatuten vorgenommen. Darauf kam die Frage zur Erörterung, ob von den Verbänden behufs Unterstützung der von dem Berliner Verein constituirten statistischen Commission Verbandsmitglieder zu Mitgliedern dieser Commission zu wählen seien. Schließlich gelangte ein Referat zur Verlesung, in welchem eine durch die Zeitungen auf Veranlassung vorangegangener Ausführungen des Gabelberger'schen Vereins veröffentlichte Verdrichtigung des hiesigen Stolze'schen Stenographen-Vereins nachträglich zu entfallen verurtheilt wird. Diesem Referat gegenüber beschloß der Verein, dasselbe unbeachtet zu lassen, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

§ Breslau, 6. November. [Handwerker-Verein.] Das in verfloßnem Sommer stattgefundene Sängerkfest zu Münden war der Gegenstand, über welchen Herr Musikdirector Löhner am 5. d. Mts. Vortrag hielt und dessen ersten Theil, einschließlich der Reise nach Münden, er eingehend behandelte; die Fortsetzung der Beschreibung des sehr anregenden Festes bei der vorgerückten Abendzeit einem späteren Vortrag aufsparend.

[Abschied.] Gleim, Sec.-Lientenant von der Art. des Reg.-Landw. Bats. 1. Breslau Nr. 38, mit Pension der Abschied bewilligt. (M. W.)

\* [Nachträgliches.] Das „Regn. Stadtblatt“ berichtet: Se. Majestät der Kaiser hat am Sonnabend Abend kurz vor 9 Uhr auf der Rückreise von Ohlau nach Berlin wieder Viegnitz passiert. Zur Begrüßung Allerhöchstdesellen hatten sich das Officiercorps des Königs-Grenadier-Regiments aus dem von einem zahlreichen Publikum dicht besetzten Bahnhofe eingefunden. Von Vertretern der städtischen Behörden wurde Herr Bürgermeister Dertel bemerkt. Letzterer hatte Veranlassung getroffen, daß, sofern Se. Majestät sich nicht am Waggonfenster zeige, alle lauten Ovationen unterbleiben sollten, damit der hohe Herr nicht in der für ihn so notwendigen Ruhe gestört werde. Se. Majestät verließ aber sofort beim Halten des kühnen des Wagen, empfangen von dem Hurrah der versammelten Menge und dem „Heil Dir im Siegertranz“ der Kapelle Seines Regiments und eilte freundlich grüßend auf die Offiziere zu. Außer dem Kaiser war von den übrigen Herrschaften Niemand ausgezogen. Während Se. Majestät sich noch im Kreise des Officiercorps unterhielt, ereignete sich etwas ganz Außergewöhnliches: der kaiserliche Zug fuhr ohne den Kaiser ab und Se. Majestät mußte demselben nachsehen. Als der Kaiser nach etwa 20 Schritten den wieder zum Stehen gebrachten Zug erreicht hatte, kehrte er sich freundlich grüßend noch einmal nach dem auf dem Bahnhofe versammelten Publikum um, stieg dann in den Wagen, fandte aus dem Fenster denselben einen letzten Gruß an die Versammelten und fuhr unter begeisterten Zuruf von dannen.

\* [Ein Bouquet und Dank.] Die „Schles. Ztg.“ meldet: Als gestern Nachmittag das Officiercorps des 2. Schleg. Grenadier-Reg. Nr. 11 im Offizier-Casino aus Anlaß eines zu Ehren zweier scheidenden Kameraden, des Oberst-Lieut. Baron v. Bod und das Hauptmann Weiblich, veranstalteten Abschiedsdiners vereinigt war, und Major Schaumann (in Vertretung des zur Zeit beurlaubten Regiments-Commandeurs, Oberst v. Klein) einen Toast auf Se. Majestät den Kaiser ausgebracht hatte, traf zur Ueberraschung des Offiziercorps ein von Jhrer k. und k. Hoheit der Frau Kronprinzessin an den Major Schaumann abgeandtes Telegramm ein, welches folgenden Wortlaut hat:

„Der Kronprinz brachte mir soeben das schöne Blumenbouquet, welches das Offiziercorps des Regiments mir zugesandt hat, und bitte ich Sie, demselben meinen Dank für diese mich sehr erfreuende Aufmerksamkeit auszusprechen.“

Bezüglich dieses Bouquets erfahren wir, daß bei der Anwesenheit Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen das Offiziercorps des genannten Regiments ein prächtiges Blumenbouquet, welches aus weißen Camellen, sowie blauen und weißen Alpenveilchen zusammengesetzt war, im Offizier-Casino unter dem Portrait Jhrer kaiserl. und königl. Hoheit der Frau Kronprinzessin aufgestellt hatte. Als nun der Kronprinz im Casino erschien, wurde Höchstdemselben das Bouquet mit der Bitte überreicht, dasselbe Jhrer k. und königl. Hoheit darbringen zu dürfen. Sichtlich erfreut, erklärte der Kronprinz, daß er das prächtige Bouquet, welches gerade die Lieblingsblumen der Kronprinzessin enthalte, selbst mitnehmen und überreichen würde. — Nachdem das oben mitgetheilte Telegramm zur Verlesung gelangt, brachte Major Schaumann auf das Wohl Jhrer kaiserl. und königl. Hoheit der Frau Kronprinzessin unter begeisterter Zustimmung des Offiziercorps einen Toast aus und demnach wurde in Entgegnung des Telegramms folgende Rückantwort abgeand:

„An Jhre kaiserliche und königliche Hoheit die Frau Kronprinzessin, Neues Palais, Potsdam.“

Das heut zu einem Abschiedsfest versammelte Offiziercorps des Regiments erhielt soeben das so gnädige Telegramm Sr. kaiserl. und königl. Hoheit. Das Offiziercorps, hoch erfreut, ruft in stoischer dankbarer Verehrung: Es lebe Jhre k. und königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin.

J. B. Schaumann, Major und Bat.-Commandeur.“

§ Hirschberg, 9. November. [Gewerbe-Fortbildungsschule. — Aus der Kaufmanns-Societät. — Gesellen-Jubiläum.] Der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung lag in ihrer letzten Sitzung der Entwurf eines neuen Dispositives für die hiesige Gewerbe-Fortbildungsschule nebst den magistrautlichen Anträgen, zur Unterhaltung des Instituts die Summe von jährlich 180 Thlr. baar und außerdem die Kosten für Heizung und Beleuchtung zu bewilligen, zur Verapottung und Beschlußfassung vor. Zweck des neuen Statuts ist, durch eine vollständige Reorganisation der Anstalt diejenige Verfassung zu geben, welche den Bedingungen entspricht, unter welchen für dieselbe ein Zufluß aus Staatsmitteln erlangt werden kann. Die Verammlung nahm das Statut, das bereits der Vorberathung einer besonderen Commission unterlegen hatte, en bloc an und bewilligte auch die beantragte Summe als Beitrag zur Unterhaltung der Schule. — In der von der hiesigen Kaufmanns-Societät unter Vorsitz ihres Oberältesten Hrn. Kaufmann Vänisch, im vergangenen Frühling im Hotel „zum preussischen Hof“ hier selbst abgehaltenen Sitzung gelangte eine von J. D. Dampel (Agentur inländischer Zuckfabriken) in Simmern in Rheinpreußen der hiesigen Handelskammer zur Beitrittserklärung überandte Petition, betreffend die Aufhebung des Gesetzes vom 29. Mai 1868 resp. die Wiedereinführung der Schulhaft, zur Mittheilung und wurde von der großen Mehrzahl der Anwesenden unterzeichnet. Gleiches war in den Tagen vorher auch in einer Verammlung der Hirschberg-Schönewasser Handelskammer geschehen, deren Vorsitzender, Hr. Kaufmann Alberti, die mit den Unterzeichneten der Mitglieder beider Körperschaften versendete Petition dem hiesigen Reichstagsabgeordneten, Geh. Regierungsrath Professor Dr. Zellkamp, mit der Bitte um warme Befürwortung einzureichen gedenkt. — Gestern feierten hier selbst 16 Zimmergesellen, welche seit 25 Jahren und länger beim hiesigen Zimmermeister Hrn. Haude in Arbeit gestanden, ihr 25jähriges Jubiläum. Dieser in ihrer Art seltenen Festlichkeit, welche nach ausgeführtem Festzuge im Saale des Schießhauses stattfand, wohnten auch sämtliche übrigen Gesellen, so wie die Lehrlinge des genannten Meisters bei, so daß

die Zahl der Festgenossen über 60 betrug. Hr. Haude selbst wurde durch eine Deputation in den Festsaal eingeladen und dort von den Versammelten mit dem Gesange eines Festliedes begrüßt, worauf Ansprachen und Hochs folgten und ein gemeinsames Abendbrod die Feiern in Eintracht unter sich und in Biedt gegen ihren Meister vereinte. Das Fest wurde, nachdem auch die Frauen sich eingefunden hatten, mit einem Känzchen geschlossen.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 10. Novbr. [Für Touristen und Badegäste. — Beschlagnahme. — Pfarrer Nitsche.] Bis zum künftigen Frühling wird ein „Zuverlässiger Führer durch die Grafschaft Glatz und deren Umgebung“ im Druck erscheinen, ähnlich den vom Referenten bearbeiteten Reisehandbüchern für die Besucher des Riesens- und Niesgebirges. Die Vorbereitungen zur Herausgabe sind bereits getroffen. — Die Staatsanwaltschaft macht in den Kreisblättern bekannt, daß die Beschlagnahme der Druckschrift: „Die katholische Kirche und die modernen Staatsmänner. Ein ultramontanes Vergleichen, geplündert und in ein Straußchen gebunden von Dr. Philalethes Freimuth. Druck und Verlag von Vater Brück, 1874“ — verfügt worden ist. — Unter den katholischen Pfarrern, welche am 1. d. M. ihres bis dahin bekleideten Amtes eines Kreis-Schulen-Inspectors entbunden worden, befindet sich auch Herr Pfarrer Nitsche zu Nengersdorf bei Glatz. Derselbe hat es nicht unterlassen können, der königl. Regierung zu Breslau einen Schreibebrief zu senden, in welchem er sich über besagte Amtsentbindung beklagt.

— Doppelte, 10. Nov. [Seminar-Eröffnung.] Die Eröffnung des hier begründeten provisorischen Schüler-Seminars ist nunmehr am 3. d. Mts. erfolgt. Für den bevorstehenden ersten Curus hatten sich im Ganzen 17 Aspiranten gemeldet, von denen indeß 8 wegen nicht vorchriftsmäßigen Alters zurückgewiesen werden mußten; von den übrigen 9 konnten auf Grund der am 4. resp. 6. d. Mts. vorgenommenen schriftlichen und mündlichen Prüfung 8 für reif erklärt und provisorisch aufgenommen werden. — Ein feierlicher Gottesdienst, gehalten von dem Religionslehrer der Anstalt, vereinigte am 7. d. Mts. früh den Commissarius des königl. Provinzial-Schul-Collegii, Herrn Gymnasial-Director Dr. Reissacker, mit den Lehrern und den geprüften Jöglingen in der vom Kirchen-Collegium der kathol. Gemeinde zu Doppelte eigens für Seminarzwecke überlassenen Sebastians-Kapelle, wonach der königl. Commissarius die in das Anstaltsgebäude zurückgeführten Jöglinge mit dem Resultat der Prüfung bekannt machte und nach längerer Ansprache, in welcher er dieselben zu waderem Streben auf der erwählten Laufbahn mit warmen und erhellenden Worten ermahnte, behufs Ordnung ihrer äußeren Verhältnisse in ihre zum Theil entfernte Heimath entließ. Es folgte hierauf die Uebergabe der Amtswohnung, der Anstaltsräume und der Inventarienkarte an den Director und in einer sich daran schließenden längeren Konferenz die eigentliche Einführung der Lehrer unter Uebergabe der Bestallungs-Urkunde an den Director Jiron, an welche sich eine eingehende Darlegung der mit dem neuen Amte übernommenen wichtigen Pflichten bezüglich des Unterrichts und der Erziehung der Schüler zu brauchbaren Jugendbildnern respektlichen Staatsbürgern schloß. Der Unterricht wird am 11. d. M. seinen Anfang nehmen. — Wenn, wie hier und da vielleicht erwartet wurde, eine größere officielle Eröffnungsfeierlichkeit nicht stattgefunden hat, so sind zunächst die zu Gebote stehenden Räumlichkeiten nicht von der Ausbehnung, um eine größere Theilnahme des Publikums an einem feierlichen Actus zu gestatten, dann aber ließ auch der bekanntlich provisorische Charakter der Anstalt es nicht angezeigt erscheinen, schon jetzt eine verapottete Feierlichkeit zu veranstalten. Mit Dank haben wir schließlich des großen Interesses zu gedenken, welches der Herr Ober-Präsident der Anstalt von jeher gewinnet und welches insbesondere auch dadurch zu Tage trat, daß derselbe bei seiner letzten persönlichen Besichtigung derselben mit scharfem Blicke auf Verbesserungen aufmerksam machte, welche der Anstalt jetzt zu großem Vortheile gereichen.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

November 10. 11.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Lufdruck bei 0° .....	331 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 43	329 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 92	328 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 89
Lufthöhe .....	+ 5 <sup>0</sup> / <sub>10</sub>	+ 3 <sup>0</sup> / <sub>10</sub>	+ 2 <sup>0</sup> / <sub>10</sub>
Dunstdruck .....	2 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 04	2 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 73	2 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> 35
Dunstfättigung .....	62 pCt.	100 pCt.	96 pCt.
Wind .....	SW. 2	S. 2	W. 2
Wetter .....	heiter.	trübe, Regen.	bedeckt.

Breslau, 11. Nov. [Wasserstand.] D.-P. 4 M. 6 Cm. U.-P. — M. — Cm.

Berlin, 10. Nov. Die Börse verrieth in ihrer äußeren Physiognomie wenig von der Leblosigkeit, die überhaupt im Geschäft herrschte und von der Schwerefälligkeit, mit welcher sich die meist belanglosen Transactionen vollzogen. Nur für einige Eisenbahnwerthe sind lebhaftere Umsätze zu verzeichnen und concentrirte sich auf diese Effecten das Hauptinteresse der Börse. In dieser Beziehung standen Rumänier im Vordergrund. Die von uns bereits in voriger Woche angedeutete Verapottung der Zinsgarantie der rumänischen Regierung an die Oester. Staatsbahn fand durch neuere Nachrichten gewissermaßen Verapottung und beeinflusste das Geschäft in den rumänischen Eisenbahnactien in empfindlicher Weise. Während so die Aufmerksamkeit der Börse auf diesen Punkt gerichtet blieb, waren die anderen Gebiete sehr still und kam eine bestimmt ausgesprochene Tendenz kaum zum Ausdruck. Die internationalen Speculationspapiere gingen mäßig um und hielten ihr einmal eingenommenes Coursniveau ziemlich unverändert fest. Anfanglich gegen die geistigen Schlus-Course niedriger einsehend, erholten sich die Notirungen in der ersten Vörzenhälfte etwas, ließen aber bald darauf wieder nach und blieb die Stimmung dann bis zum Schlus matt. Die localen Speculationseffecten wurden ebenfalls nur in sehr mäßigen Beträgen gehandelt. Disconto-Commandit war anfangs recht fest, ermattete aber bald darauf, 176<sup>1</sup>/<sub>4</sub> pCt., ult. 176<sup>1</sup>/<sub>4</sub>—177<sup>1</sup>/<sub>4</sub>—176<sup>1</sup>/<sub>4</sub>. Dortmunder Union 36<sup>1</sup>/<sub>4</sub> pCt., nahmen Anfangs einen nicht unbedeutenden Anlauf, konnten aber den höchsten Cours nicht behaupten, per ult. 34<sup>1</sup>/<sub>4</sub>—37—36. Laurahütte 134<sup>1</sup>/<sub>4</sub> pCt., blieb still und erfuhr nur geringe Coursveränderungen, per ultimo 134 bis 133<sup>1</sup>/<sub>4</sub> bis 135<sup>1</sup>/<sub>4</sub> bis 134<sup>1</sup>/<sub>4</sub>. Die Oesterreichischen Nebenbahnen waren theilweise im Course herabgesetzt, zeigten sich aber recht fest, Galizier und Oesterreichische Nordwestbahn gingen sehr lebhaft um. Auswärtige Staatsanleihen blieben fast absolut geschäftslos und sind hier die Coursveränderungen ganz unbedeutend. Türken erhöhten sich etwas. Amerikaner und Russische Werthe unbeachtet. Preuß. Fonds verhielten sich ebenso wie andere deutsche Staatspapiere sehr ruhig. Eisenbahn-Prioritäten wurden reger gehandelt und sprach sich dafür eine recht günstige Meinung aus, von Preussischen Debisen waren 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und 5 pCt. beborzugt, Stettiner VII. Cm. gingen in Pollen zu 100<sup>1</sup>/<sub>4</sub> aus dem Markte. Auf dem Eisenbahnactienmarkte war die Stimmung wenig fest. Die Rheinisch-Westfälischen Debisen verhielten gegen den Schlus überhaupt einer matten Haltung, und wurden für rheinische Rechnung stärker angeboten. Rumänier gedrückt, pro ult. 35—56, leichte Bahnen mächtig belebt. Bankactien meist sehr still. Preuß. Bodencredit. fest, Preuß. Hypothekbank beliebt und steigend, Centralb. für Genossenschaft. höher, Norddeutsche Grundcredit ziemlich rege, Wechselstube sehr fest, Mecklenburger Bodencredit, Mecklenb. Hypothekbank, Frankfurt Wechselb., Spritb., Brede, Babilische und Rheinlandsb. besser, Berg.-Märkische und Amsterdamer Bank weichen. Das Geschäft in Speculationspapieren blieb ganz unbedeutend. Neptun besser, Badereien Königsbath angehoben, Reichsbau, Flora und Westend niedriger, Bitter beachtet, Elbinger steigend, Görliger nachgebend, beide aber belebt. Lauchhammer offerirt, Verdrerte schwach, Centrum, Bonifacius, Aachen-Höninger, Wende-Schwerde besser. Wechsel still, eher matt. Um 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr: Credit 139<sup>1</sup>/<sub>4</sub>, Frankl. 181<sup>1</sup>/<sub>4</sub>, Lombarden 81<sup>1</sup>/<sub>4</sub>, Disconto-Comm. 175<sup>1</sup>/<sub>4</sub>, Dortm. 35<sup>1</sup>/<sub>4</sub>, Laurahütte 134<sup>1</sup>/<sub>4</sub>. (Bant. u. S.-Ztg.)

[Ueber das Project der Grünberg-Sorau-Baugener Eisenbahn] geht der „Berl. V. Ztg.“ folgende genauere Mittheilung zu. Nachdem das Comité dem Handelsminister die Vorarbeiten für die Bahn, sowie für eine Zweigbahn von Prieß über Rothenburg nach Roderdorf oder Charlottenburg an der Berlin-Görlitzer Bahn eingereicht hatte, ist seitens des Handelsministers kürzlich die Vornahme der Vorarbeiten für eine direct in Görlitz mündende Bahn als Vorbedingung für die Genehmigung der ganzen Bahnlinie gefordert worden. Das ist die neueste Phase des Projects, dessen Durchführung nach den im Comité herrschenden Ansichten viel rascher erfolgen dürfte, als man vielfach annehmen geneigt ist. Es gilt als sehr wahrscheinlich, daß einen Theil der Bahn die Breslau-Schweidnitz-Freiburger Bahn, einen andern die Berlin-Görlitzer Bahn zu bauen übernehmen wird, auch wird die Sächsische Regierung die Strecke Landesgrenze-Bauken bereitwilligst bauen. Neuerdings ist auch davon die Rede, daß die Nieder-Schlesisch-Märkische Bahn den Bau und den Betrieb der für den Verlehr wichtigen Bahn übernehmen dürfte. — Für Görlitz ist der Bescheid des Handelsministers insofern von großer Bedeutung, als die directe Einmündung der Bahn in Görlitz auf dem jetzigen Bahnhofe unmöglich ist und sonach die Errichtung eines eigenen Bahnhofs für die neue Bahn im Norden der Stadt erfolgen müßte, welcher vornehmlich in kurzer Zeit die Anlegung anderer Bahnhöfe folgen würde, die schließlich durch eine eigene Bahn untereinander und mit dem Central-Bahnhof in Conner zu liegen wären. In Görlitz würden dann sechs Bahnen münden,



